

SVP fordert mehr Nachhaltigkeit

Die lokale SVP kritisiert den Eschenbacher Gemeinderat und stellt Forderungen zu Kiesabbau- und Deponieprojekten: mehr Recycling statt Abbau der SP sowie des Komitees «Depo-nie.ch» in ihren Stellungnahmen zum Richtplan 2021.

von Urs Schnider

Das geplante Projekt der Johann Müller Schmerikon (JMS) AG kommt weiter unter Beschuss. Neu meldet auch die SVP Kritik am Vorhaben an, wie aus einer Medienmitteilung hervorgeht.

Die Schmucki Kies + Tiefbau AG, will im Sonnenfeld in Ermenswil mehr Kies abbauen und darüber hinaus eine Deponie betreiben (die «Linth-Zeitung» berichtete mehrfach). So könnte sie die Lücke, die durch den Kiesabbau entstehen würde, mit unverschmutztem Aushubmaterial und leicht belasteten Bauabfällen auffüllen.

Im Mitwirkungsverfahren äusserte die Bevölkerung viele Bedenken zur geplanten Deponie. 170 Eingaben gingen gemäss dem Eschenbacher Gemeindepräsidenten Cornel Aerne ein. Insbesondere wegen des erwarteten Mehrverkehrs sowie Lärm und Schmutz. Kritisiert wird das Vorhaben auch von Umweltverbänden und lokalen Politikern. Und jetzt also auch von der SVP Eschenbach. Mit Ernüchterung nehme sie die Haltung des Gemeinderats und des Gemeindeverbundes Region Zürichsee-Linth (RZL) zum Kiesabbau und Deponieprojekt Sonnenfeld zur Kenntnis, schreibt die Partei in einer Medienmitteilung. «Weder der Gemeinderat noch die RZL berücksichtigen bei der Beurteilung des Projektes die nachhaltige Kreislaufwirtschaft von Bauabfall.»

Der SVP zu wenig nachhaltig

Die SVP als Umweltpartei? Auf den ersten Blick mag das erstaunen. Auf Nachfrage gibt die Partei Cornel Blöchliger als «Deponie-Spezialisten» der SVP Eschenbach an. Er ist Mitglied des

Managements der gleichnamigen Entsorgungsfirma, die als «Kreislaufunternehmen Verantwortung gegenüber der Umwelt und der Bevölkerung» übernehme. Diese ist ein Konkurrenzunternehmen JMS. So erstaunt es nicht, dass der Inhalt des SVP-Schreibens in genau diese Richtung zielt – auch wenn der Präsident der SVP-Eschenbach, Sepp Mächler, betont, dass Blöchliger Parteimitglied ist, liest sich die Mitteilung vor diesem Hintergrund mit anderen Augen.

Die Partei moniert in ihrem Schreiben, dass der Gemeinderat oder die RZL beim Projekt Sonnenfeld keine Lösungen fordern würden, damit mit dem Kiesabbau und den Deponien nachhaltiger umgegangen werde. «Die Tatsache, dass der Bauabfall über 80 Prozent aller Abfälle ausmacht, drängt zu effektiven Lösungen», schreibt die SVP.

Es sei klar, dass die vermehrte Bautätigkeit in der Region Entsorgungslösungen und eine Baustoffversorgung verlange. «Das darf aber nicht bedeuten, dass der grosse Anteil der Bauabfälle deponiert und der Kies zur Produktion von Beton mehrheitlich aus der Kiesgewinnung stammen soll, wie beim Projekt Sonnenfeld aktuell geplant.»

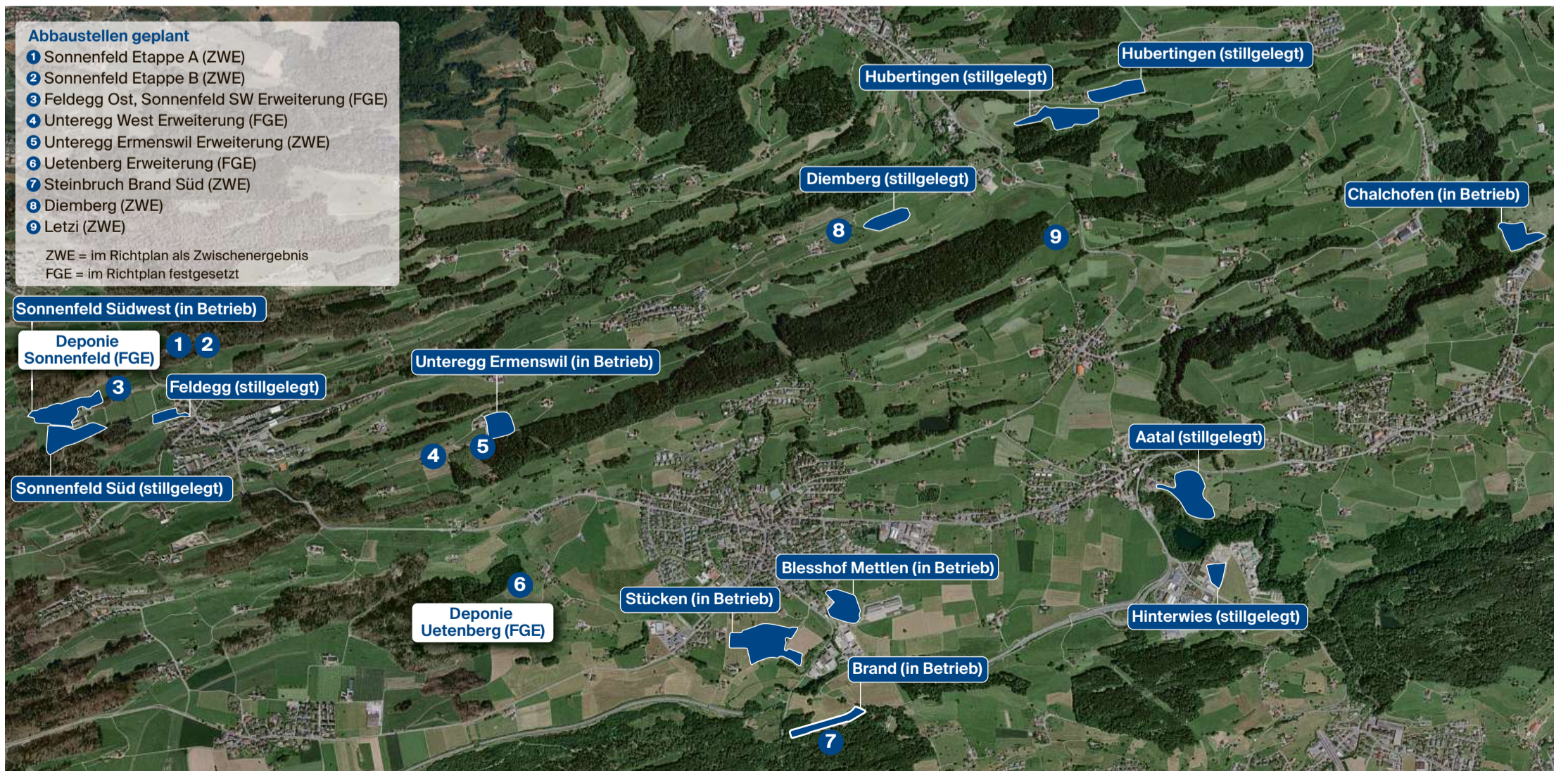
An Bedingungen knüpfen

Deshalb sollen die Behörden Bedingungen definieren, damit Deponien die Belastung der Bevölkerung mit Lastwagenverkehr durch die Dörfer möglichst tief halten: Eine minimale Reduktion der Kiesabbau- und Deponievolumen beim Projekt Sonnenfeld (Ausgabe vom 15. Mai) löse die Verkehrsproblematik nicht.

Den Auftrag an die Behörden sieht die SVP gegeben: Bauabfälle sollen in



Eschenbach: Abbaustellen und Deponien auf Gemeindegebiet



Quelle: Geoport, Richtplan Kanton St. Gallen, Grafik: «Linth-Zeitung»

it bei Deponien

von neuem Kies. Das ist auch eine der Grundforderungen



Die geplante Deponie im Sonnenfeld in Ermenswil kommt nun auch bei der SVP in die Kritik. Sie fordert eine nachhaltige Strategie vom Gemeinderat.

Bild: Archiv

den Baustoffkreislauf zurückgeführt und Baustoffe aus rezykliertem Kies gefördert werden. So brauche es weniger Primärkies aus neuen Abbaustellen, und es müssten weniger Bauabfälle deponiert werden.

In der Tat gibt es in Eschenbach gleich mehrere Abbaustellen von Kies (siehe Karte). Und insgesamt 17 weitere hat der Kanton bereits ins Auge gefasst. Das ist im Übrigen auch dem Gemeinderat zu viel. Er setzt sich in seiner Stellungnahme zum Richtplan 2021 dezidiert dafür ein, dass die Anzahl der möglichen Abbau- und Deponiestandorte überprüft und nach Möglichkeit reduziert wird.

Der SVP reicht das nicht. Sowohl bei den Abbaustandorten als auch bei der Festsetzung von Deponien, die Aufgabe des Kantons ist, sollen die Betreiber von Deponien in die Pflicht genommen werden: «Der Kanton soll für die Festsetzung von Deponien einen Nachweis der Betreiber verlangen über ihre Anstrengungen, Bauabfälle in den Kreislauf zurückzuführen.»

Diese Forderung wird gestützt durch die Verordnung über die «Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen» (VVEA) des Bundes von 2015. Diese verlangt unter anderem die «stoffliche oder energetische Verwertung von Abfällen, wenn eine Verwertung die Umwelt weniger belastet». Der Kanton St. Gallen setze diese Vorgabe bei der Festsetzung von Deponien aber noch immer nicht um, kritisiert die SVP. Und wie sich nun zeigt, erachtet die Regierung weitere Massnahmen für nicht angezeigt. Das jedenfalls ist das Fazit der Regierung in ihrer Antwort auf eine entsprechende Interpellation im Kantonsrat (siehe Infobox).

SVP sieht Ungleichbehandlung

Aber nicht nur die wenig nachhaltige Praxis stört die SVP. Sie wittert auch eine Ungleichbehandlung der lokalen Marktteilnehmer. Es sei unverständlich, wie der Gemeinderat Eschenbach mit den aktuell laufenden Projekten für Abbau- sowie Deponieprojekte auf dem Gemeindegebiet umgehe. «Das leicht abgespeckte Projekt Sonnenfeld soll ohne jegliche Auflagen bezüglich Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft von der Gemeinde grünes Licht erhalten», so die SVP.

Dem Projekt der JMS stellt die SVP eines der Blöchliger AG gegenüber: «Gegen das nachhaltig ausgestaltete Ersatzvorhaben Untereggen eines örtlichen Kreislaufunternehmens äussert dieselbe Gemeinde in der Vernehmlassung zum Richtplaneintrag deutliche Bedenken.» Und dies, obwohl das Unternehmen «durch seine hohe Wiederverwertungsquote deutlich weniger Abfälle» deponieren müsse und der Standort direkt an der Autobahn A15 den Verkehr durch die Dörfer nicht wesentlich verstärken würde.

Der Gemeinderat, so die Forderung der SVP, soll eine fortschrittliche Strategie für den Umgang mit Kiesabbau- und Deponieprojekten auf dem Gemeindegebiet entwickeln. Dies sei umso wichtiger, da die Gemeinde reiche Kiesvorkommen aufweise.

Strategie, bevor bewilligt wird

Geht es nach der SVP, soll die Gemeinde diesen Schritt im Sinn einer nachhaltigen Lösung für die Bevölkerung rasch angehen. «Und zwar, bevor der Gemeinderat die Bewilligung für das Projekt Sonnenfeld erteilt.» Denn sonst seien die Verhältnisse für Jahrzehnte in Stein gemeisselt.

Konkrete Forderungen an den Gemeinderat stellte die Partei seit Versenden der Medienmitteilung nicht, wie Präsident Sepp Mächler auf Anfrage sagt. In der Mitteilung werden aber die konkreten Punkte genannt, die das Strategiepapier beinhalten müsse. Neben genannten soll auch die Erschliessung von Kiesabbau- und Deponiestandorten durch möglichst wenige Dörfer führen und möglichst wenige Dorfdurchfahrten verursachen.

Aus Eschenbach heisst es auf die Fragen der «Linth-Zeitung»: Darauf könne man nicht im Detail eingehen. «Es gibt zum aktuellen Zeitpunkt nichts Neues zu berichten, da keine neuen Gesichtspunkte vorliegen, solange das Baugesuch nicht eingereicht und geprüft wurde», schreibt Gemeindepräsident Aerne.

Die Gemeinde Eschenbach werde wieder informieren, sobald die Ergebnisse der Projektprüfung vorlägen. Zudem sei eine weitere Informationsveranstaltung für die Bevölkerung geplant, bevor das Projekt öffentlich aufgelegt würde.

Gutachten kommt unter die Räder

Die Region Zürichsee-Linth steht im Zusammenhang mit einem Verkehrsgutachten zum Projekt Sonnenfeld in Ermenswil in der Kritik. Darin seien Datenlücken im Fazit unterschlagen worden.

von Urs Schnider

Die Region Zürichsee-Linth (RZL) habe in einer Medienmitteilung zur Deponie Sonnenfeld das Fazit geschönt dargestellt. Das behauptet SP-Politiker Ivo Kuster aus Eschenbach. Die Aussagen zum Verkehr liessen sich mit dem vorhandenen Datenmaterial kaum belegen. Das werde aber suggeriert.

Im Gebiet Sonnenfeld plant die JMS-Tochterfirma Schmucki Kies und Tiefbau AG, künftig mehr Kies abzubauen sowie eine Deponie zu betreiben. Das Vorhaben steht in der Kritik, obschon die Firma kürzlich eine Redimensionierung bekannt gab (Ausgabe vom 15. Mai).

Im Zusammenhang mit dem Projekt gab die RZL ein «unabhängiges Verkehrsgutachten» in Auftrag, weil insbesondere der zu erwartende Mehrverkehr im Mitwirkungsverfahren kritisiert wurde.

Auch die Bauherrschaft hatte im Rahmen ihres Umweltverträglichkeitsberichts die Auswirkungen auf den Verkehr untersuchen lassen. Dieses kam zum Schluss, dass «die Mehrbelastung gering sei und die Lärmemissionen im nicht wahrnehmbaren Bereich» liegen würden.

Nicht alle LKWs erfasst

Das wollte die RZL verifizieren lassen. Das Gutachten liegt nun vor, und die RZL schreibt dazu in einer Medienmitteilung unter anderem: Das unabhängige Gutachten belege, dass die bisherige Planung der Bauherrschaft im Bereich Verkehr stimmig sei. «Es wird bestätigt, dass der Anteil des zu erwartenden Mehrverkehrs im Verhältnis zum Gesamtverkehr klein sein wird und der Lastwagenanteil heute gering ist.» Allein, es gibt keine Zahlen, wie viele Lastwagen heute auf den Strassen der Region mit Kies oder Deponiematerial unterwegs sind.

Warum keine Zählung?

Um aufzuzeigen, wie viele Lastwagen sich heute auf den Strassen im Linthgebiet bewegen, wäre wohl eine Zählung das richtige Mittel. Warum wird das nicht gemacht? Und warum wird in der Medienmitteilung der RZL nicht auf den Umstand hingewiesen, dass die Datengrundlage tatsächlich dürftig ist?

Das bemängelt auch Ivo Kuster, SP-Politiker aus Eschenbach. Er sagt, im Gutachten zum Sonnenfeld würden «unsägliche Datenlücken» im Fazit unterschlagen. Die Aussagen bezüglich des LKW-Anteils basierten nicht auf Fakten. «Denn Verkehrszahlen werden nur an einem Arm des Sternenplatzes gemessen.» Der gesamte Verkehr der Kantonsstrasse Rütli-Rapperswil, zum Beispiel die Kieswerke Mettlen und Sonnenfeld, werde nicht erfasst.

Ein weiteres Problem: Die Zählstelle am Sternenplatz könne LKWs nicht von Autos unter-

scheiden, sagt Kuster. «Das Gutachten ist das Papier nicht wert, auf das es gedruckt wurde, es basiert auf schieren Annahmen», kritisiert er.

Gutachten erwähnt Lücken

Es ist in der Tat so, dass sich das Verkehrsgutachten der RZL und auch der Umweltverträglichkeitsbericht der JMS teilweise auf Schätzungen abstützen. Das wird auch im Gutachten deutlich: «Für die besonders betroffenen Streckenabschnitte sollten noch aktuelle bzw. geeignete Verkehrszahlen erhoben werden.»

Die RZL schreibt dazu auf Anfrage, sie erwarte, dass die Gesuchstellerin (die JMS) die ungeklärten Punkte bis zum Einreichen des Baugesuchs kläre, damit ein «abschliessendes Verkehrsgutachten» erstellt werden könne, in welchem die enthaltenen Empfehlungen konkretisiert werden. RZL-Präsident Félix Brunswiler sagt: «Die Ve-

«Im Gutachten werden unsägliche Datenlücken im Fazit unterschlagen.»

Ivo Kuster
SP Eschenbach

rifizierung weist zwar auf bestehende Defizite in der Datenlage hin, lässt aus Sicht der Verfasser gleichwohl die Aussage zu, dass der Anteil des Mehrverkehrs gemessen am Gesamtverkehr klein und der Lastwagenanteil heute gering ist.»

RZL baut auf Daten der JMS

Im Gutachten heisst es weiter, es fehle im JMS-Bericht eine Herleitung der Fahrten. Diese solle noch erstellt werden, basierend auf den Kenntnissen im bestehenden Betrieb. Dieser ist aber mit dem geplanten Betrieb nicht vergleichbar, denn im Sonnenfeld wird seit drei Jahren kein Kies mehr abgebaut.

Hier will sich die RZL auf die Angaben der Johann Müller AG (JMS) abstützen – notabene die Gesuchstellerin. Diese sei aufgrund ihrer Erfahrung in der Lage, die künftige Entwicklung plausibel abschätzen zu können. Und auch zur Frage, wie viele LKW heute zum und vom Sonnenfeld wegfahren, stützt sich die RZL nicht etwa auf das eigene Gutachten, sondern auf die JMS. Demnach hätten die Abbau- und Deponiegebiete im Sonnenfeld von 2016 bis 2018 rund 11300 LW-Fahrten pro Jahr ausgelöst. «Für den Zeitraum ab 2018 liegen keine genauen Daten vor», so die RZL.

Die RZL hat gemäss eigenen Angaben für den Auftrag «Beurteilung Teil Verkehr» rund 13000 Franken bezahlt.

Regierung sieht keinen weiteren Handlungsbedarf

In seiner Interpellation vom April weist SVP-Kantonsrat Christoph Chandiramani aus Rapperswil-Jona auf dieselbe Thematik hin wie die SVP-Eschenbach (Hauptartikel). So fragt er etwa, ob die Regierung bereit sei, den Bedarf an Kiesabbau- und Deponien mit Förderung der Kreislaufwirtschaft zu verringern, und falls ja, mit welchen Instrumenten. Ebenfalls will er wissen, ob die Regierung bereit sei, Deponiebetreiber zur Kreislaufwirtschaft zu verpflichten, damit verwertbare Bauabfälle nicht deponiert werden? Diese und ähnlich gelagerte Fragen, hat die Regierung nun beantwortet.

Durch den Einsatz von Recyclingbaustoffen liessen sich sowohl Primärrohstoffe wie Kies als auch Deponieraum einsparen. «Die Regierung teilt daher die Ansicht des Interpellanten,

dass die Kreislaufwirtschaft zu fördern ist.» Dies habe sie mit der Abfallplanung 2020 klar zum Ausdruck gebracht und als Instrumente zur Förderung der Kreislaufwirtschaft im Bereich der Bauabfälle sieben Massnahmen festgelegt. Die Regierung sehe keinen Bedarf für weitergehende Massnahmen.

Besonders erwähnt die Regierung in ihrer Antwort, dass der Kanton als Bauherr bei seinen eigenen Bauvorhaben eine Vorbildfunktion einnehmen müsse. «Im kantonalen Hochbau werden in diversen Vertragsdokumenten mit externen Planerinnen und Planern ökologische Handlungsfelder verbindlich definiert.» Etwa, dass nebst dem Einsatz langlebiger Materialien wo immer möglich mit Recyclingbaustoffen geplant und gebaut werden müsse. Materialien aus Rückbauten sollen so weit

wie möglich aufbereitet und wiederverwendet werden.

Sie erwähnt in der Antwort auch ein Projekt des kantonalen Tiefbauamtes bezüglich Belagsrecycling. «Damit soll eine qualitativ hochwertige, umweltverträgliche und kantonsweit einheitliche Verwendung von Recyclingbaustoffen sichergestellt werden.»

Alles in allem ist die St. Galler Regierung der Meinung, dass keine zusätzlichen Vorgaben oder Regelungen notwendig seien und verweist dabei auf den Bund. Denn das Ablagern von wertbaren Abfällen auf Deponien sei auch gemäss der eidgenössischen Verordnung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (VVEA) nicht zulässig und es gelte grundsätzlich die Pflicht zur Verwertung nach dem Stand der Technik. (snu)